

Siebente Sitzung – Septième séance

Mittwoch, 8. Dezember 1993, Vormittag
Mercredi 8 décembre 1993, matin

08.40 h

Vorsitz – Présidence: Frau Haller

93.430

**Parlamentarische Initiative
 (SPK-SR)
 Verfahren der Standesinitiative
 Initiative parlementaire
 (CIP-CE)
 Procédure relative
 aux initiatives des cantons**

Bericht und Gesetzentwurf der Kommission des Ständerates vom 4. Mai 1993 (BBI III 334)
 Rapport et projet de loi de la commission du Conseil des Etats du 4 mai 1993 (FF III 325)

Stellungnahme des Bundesrates vom 18. August 1993 (BBI III 352)
 Avis du Conseil fédéral du 18 août 1993 (FF III 345)

Beschluss des Ständerates vom 30. September 1993
 Décision du Conseil des Etats du 30 septembre 1993
 Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
 Eintreten
Proposition de la commission
 Entrer en matière

Frau **Caspar-Hutter**, Berichterstatterin: Gemäss Artikel 93 Bundesverfassung können die Kantone Standesinitiativen einreichen. Das Verfahren, wie diese in den beiden Räten behandelt werden, ist bisher nicht geregelt, abgesehen von rudimentären Bestimmungen in den Ratsreglementen. Es hat denn in der Vergangenheit auch immer wieder Unsicherheiten gegeben, und die Standesinitiativen wurden sehr uneinheitlich behandelt. Manchmal haben die Kommissionen diese ausführlich mit Anhörung von Experten oder Vertretern der betreffenden Kantone vorberaten, manchmal nur sehr schnell und kurz vor Abschluss der Sitzung.

Auch die Anträge an die Räte waren sehr unterschiedlich formuliert. Problematisch wurde es vor allem dann, wenn die beiden Räte zu anderen Beschlüssen kamen. Da war dann unklar, ob nun ein Differenzbereinungsverfahren stattfinden solle oder nicht. Häufig wurden die Standesinitiativen auch dem Bundesrat einfach zur Kenntnisnahme zugeleitet, ohne dass später geprüft wurde, welche Folgen daraus entstanden. Die verfahrensmässigen Unsicherheiten sind sicher auch Ausdruck dafür, dass Standesinitiativen häufig nicht ernst genug genommen wurden. Dies ist eigentlich erstaunlich, stehen doch hinter einer Standesinitiative meistens die Mehrheit eines kantonalen Parlamentes oder sogar der Stimmberechtigten des entsprechenden Kantons. Ansonsten bemühen wir uns ja zu Recht, die Kantone am bundesstaatlichen Entscheidprozess teilnehmen zu lassen. Ich erwähne nur das Vernehmlassungsverfahren. Dieses ist jedoch ein Instrument der kantonalen Regierungen oder Verwaltungen und nicht der kantonalen Parlamente.

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates hat sich entschlossen, das Verfahren der Standesinitiativen zu klären. Sie hat dem Ständerat eine Ergänzung des Geschäftsver-

kehrsgesetzes beantragt, und der Ständerat hat dieser Vorlage in der Herbstsession einstimmig zugestimmt.

Der Bundesrat hatte Gelegenheit, zu den Anträgen der Staatspolitischen Kommission Stellung zu nehmen. Er hat sich denn auch den Anträgen der Kommission angeschlossen.

In welcher Weise soll nun das Verfahren der Standesinitiative geregelt werden? Ausgangspunkt ist die Bundesverfassung. Wie schon erwähnt: In Artikel 93 wird zunächst das Recht der parlamentarischen Initiative begründet. Anschliessend heisst es in Absatz 2: «Das gleiche Recht können die Kantone durch Korrespondenz ausüben.» Somit war es naheliegend, sich am Verfahren der parlamentarischen Initiative zu orientieren. Dieses hat sich seit seiner Verankerung im Geschäftsverkehrsgesetz im Jahre 1970 und 1984 bewährt.

In einer ersten Phase der sogenannten Vorprüfung geht es um den Grundsatzentscheid, ob überhaupt eine Regelung im Sinn des initiierenden Kantons getroffen werden soll. Stimmen beide Räte zu, wird in einer zweiten Phase eine konkrete Vorlage ausgearbeitet.

Bei der Behandlung gab vor allem eine Frage zu diskutieren, nämlich ob eine Anhörung der Kantone zwingend oder nicht zwingend vorzusehen sei. Das Argument des Ständerates war folgendes: Die Standesinitiative würde häufig nicht spezifisch regionale, sondern bundespolitische Fragen aufwerfen, so dass sich die Anhörung eines kantonalen Vertreters erübrige. Ein weiteres Argument war, dass der übliche Ansprechpartner in den Kantonen die Regierung sei. Es komme aber immer wieder vor, dass Standesinitiativen von den kantonalen Parlamenten gegen den Willen der kantonalen Regierungen beschlossen würden. Aus diesem Grunde war der Ständerat der Meinung, dass es wenig Sinn mache, wenn ein kantonaler Regierungsvertreter eine Standesinitiative vertreten soll, hinter der er persönlich nicht steht.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hingegen vertritt die Ansicht der Minderheit des Ständerates, welche die Anhörung einer Kantonsvertretung zwingend vorschreiben wollte. Die Tatsache, dass eine kantonale Regierung mit dem Einreichen einer Standesinitiative unter Umständen nicht einverstanden ist, kann für uns nicht Grund sein, keinen kantonalen Vertreter anzuhören. Gerade in solchen Fällen sollte die Möglichkeit gegeben sein, dass ein Vertreter oder eine Vertreterin des kantonalen Parlaments angehört werden muss.

Unter den demokratischen Gesichtspunkten ist der Wille eines Parlamentes sehr ernst zu nehmen. Wenn man sich vor Augen hält, welche umfangreiche Vorbereitungen in gewissen Kantonen zur Einreichung einer Standesinitiative getroffen werden, so war es oftmals wirklich nicht gerade eine Zier für unseren Rat, wie wir mit diesen Vorstössen umgesprungen sind. Zudem wird meistens dann eine Standesinitiative eingereicht, wenn ein Sachverhalt die Bevölkerung oder die Politikerinnen und Politiker eines Kantons besonders beschäftigt. Das rechtfertigt eine Anhörung eines Vertreters oder einer Vertreterin des betreffenden Kantons.

Die Staatspolitische Kommission empfiehlt mit 21 zu 0 Stimmen einstimmig Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen unserer Kommission.

M. Darbellay, rapporteur: Notre constitution prévoit trois sortes d'initiative: l'initiative populaire, article 121, l'initiative des parlementaires, article 93 alinéa premier, et l'initiative des cantons, article 93 alinéa 2.

Alors que les deux premières sortes d'initiatives sont largement traitées dans la loi sur les rapports entre les conseils – huit articles pour l'initiative populaire, cinq pour l'initiative parlementaire –, on n'y parle pas de l'initiative des cantons, si bien qu'on pourrait dire que celle-ci a été considérée comme la parente pauvre, et on n'a pas toujours donné aux initiatives des cantons l'attention qu'il aurait fallu.

Le Conseil des Etats, par sa Commission des institutions politiques, s'en est ému et il a préparé un projet qui tend à faire traiter les initiatives cantonales de la même manière que les initiatives parlementaires. La commission du Conseil national approuve cette manière de faire. Nous avons cependant une divergence avec le Conseil des Etats: alors que le Conseil des Etats accorde aux commissions la possibilité d'entendre les

représentants des cantons, nous en faisons, nous, une obligation. Nous disons que la commission du Conseil prioritaire doit entendre les représentants des cantons, et qu'elle doit inviter à l'audition les membres de l'autre commission. Notre commission a accepté ce projet à l'unanimité, et nous vous invitons à en faire autant.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

A. Bundesgesetz über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das Inkrafttreten ihrer Erlasse (Geschäftsverkehrsgesetz)

A. Loi fédérale sur la procédure de l'Assemblée fédérale, ainsi que sur la forme, la publication et l'entrée en vigueur des actes législatifs (Loi sur les rapports entre les conseils)

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ziff. 2bis a Titel, Art. 21septies

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I introduction, ch. 2bis a titre, art. 21septies

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 21octies

Antrag der Kommission
Abs. 1, 2, 4, 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 3

Die Kommission des Rates, dem die Erstbehandlung der Initiative zusteht, hört bei der Vorprüfung eine Vertretung des Kantons an. Die Kommission des andern Rates kann an der Anhörung teilnehmen.

Art. 21octies

Proposition de la commission
Al. 1, 2, 4, 5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 3

La commission du conseil qui a la priorité de discussion entend une délégation du canton lors de l'examen préalable de l'initiative. La commission de l'autre conseil peut prendre part aux auditions y relatives.

Angenommen – Adopté

Art. 21novies, Ziff. II, III

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 21novies, ch. II, III

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes

79 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

**C. Geschäftsreglement des Nationalrates
C. Règlement du Conseil national**

Titel

Antrag der Kommission
Aenderung vom

Titre

Proposition de la commission
Modification du

Angenommen – Adopté

Ingress

Antrag der Kommission
Der Nationalrat, gestützt auf Artikel 8bis des Geschäftsverkehrsgesetzes (SR 171.11), nach Prüfung einer parlamentarischen Initiative, beschliesst:

Préambule

Proposition de la commission
Le Conseil national, vu l'article 8bis de la loi sur les rapports entre les conseils (RS 171.11), vu une initiative parlementaire, arrête:

Angenommen – Adopté

Ziff. I

Antrag der Kommission
Das Geschäftsreglement des Nationalrates vom 22. Juni 1990 (SR 171.13) wird wie folgt geändert:
6. Abschnitt: Standesinitiativen (Art. 44)
Aufgehoben

Ch. I

Proposition de la commission
Le règlement du Conseil national du 22 juin 1990 (RS 171.13) est modifié comme il suit:
Section 6: Initiatives des cantons (art. 44)
Abrogé

Angenommen – Adopté

Ziff. II

Antrag der Kommission
Inkrafttreten
Diese Aenderung tritt zusammen mit der Aenderung vom des Geschäftsverkehrsgesetzes in Kraft.

Ch. II

Proposition de la commission
Entrée en vigueur
La présente modification entre en vigueur dès que la modification du de la loi sur les rapports entre les conseils aura force de loi.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes

81 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Parlamentarische Initiative (SPK-SR) Verfahren der Standesinitiative

Initiative parlementaire (CIP-CE) Procédure relative aux initiatives des cantons

| | |
|---------------------|--|
| In | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung |
| Dans | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale |
| In | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr | 1993 |
| Année | |
| Anno | |
| Band | V |
| Volume | |
| Volume | |
| Session | Wintersession |
| Session | Session d'hiver |
| Sessione | Sessione invernale |
| Rat | Nationalrat |
| Conseil | Conseil national |
| Consiglio | Consiglio nazionale |
| Sitzung | 07 |
| Séance | |
| Seduta | |
| Geschäftsnummer | 93.430 |
| Numéro d'objet | |
| Numero dell'oggetto | |
| Datum | 08.12.1993 - 08:40 |
| Date | |
| Data | |
| Seite | 2252-2253 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 20 023 465 |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.